

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 00 38/39
Telex: 08 66 846-48 pbbn d



Inhalt

Werner Nachmann, Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, sieht die Chance für einen breiten Konsens für Aufhebung der Verjährungsfrist. Seite 1

Lothar Schwartz, Sprecher des SPD-Vorstands wirft CDU und CSU vor, sich aus ihrer parlamentarischen Mitverantwortung als Opposition abgemeldet zu haben. Seite 2

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, bricht eine Lanze für autofreie Sonntage. Seite 4

Peter Conzadi MdB fordert die lückenlose Aufklärung des öffentlich gewordenen Verdachts, der Verfassungsschutz sei in den Terroristen-Fememord an Ulrich Schmücker verwickelt. Seite 4

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, würdigt Walter Scheel. Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 123

2. Juli 1979

An volle Verantwortung gemahnt

Breiter Konsens für weiterhin gültige Verfolgung von Nazi-mördern möglich

Von Werner Nachmann

Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland

Für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist die morgen anstehende Entscheidung über die Verjährung von Mord eine Prüfung unseres Staates, die Bundesrepublik Deutschland, über sein Verhältnis zu seiner Vergangenheit.

Wir haben aufmerksam verfolgt, mit welchem Ernst sich alle drei Fraktionen des Deutschen Bundestages in den letzten Monaten mit der Materie beschäftigt haben. Die erste Lesung im Deutschen Bundestag war ein Zeugnis dafür, daß das Parlament den Rang der zu treffenden Entscheidung erkannt hat. Diese Debatte war von klaren Erkenntnissen und Einsichten geprägt. Sie zeigte auch, daß unsere Abgeordneten fähig sind, darüber mit Würde, gegenseitigem Respekt und mit allseits anerkannter und ausgesprochener Wertung des furchtbaren Geschehens während der Nazizeit miteinander zu diskutieren. Die Jüdische Gemeinschaft war und ist von dem Geschehen am stärksten betroffen. Wir sind davon unmittelbar berührt als andere. Darum gilt für uns ganz besonders der Grundsatz, Sühne für Nazi-Mord darf nicht verhindert werden.

Wir anerkennen mit großem Respekt, daß alle drei Fraktionen des Deutschen Bundestages ihr Votum ausdrücklich dem Gewissen des Einzelnen unterworfen haben. Sie haben damit deutlich gemacht, daß es sich nicht um eine Entscheidung handeln darf, die sich an parteipolitischer Opportunität, an Tagesgeschmack und an vermeintlichem Wählerwillen orientiert.

Da der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages nach gründlichen Beratungen keine Verbindlichkeiten für die Fraktionen erklärt und empfiehlt, ist der einzelne Abgeordnete, wie selten in der Geschichte des Parlaments, an seine volle Verantwortung gemahnt. Er ist, wie es die Verfassung gebietet, nur seinem Gewissen unterworfen. Unter dieser Voraussetzung dürfte ein breiter Konsens für die weiterhin gültige Verfolgung von Nazimördern möglich sein. (-/2.7.1979/va-he/hgs)

+

+

+

Die Opposition hat sich abgemeldet

CDU/CSU-Catch-as-catch-can fördert Parteienverdrossenheit

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Streit um Positionen, Personen und Parolen hält in und zwischen den Oppositionsparteien mit unverminderter Heftigkeit an. Er wird mit verbissener Feindseligkeit und intriganten, spitzfindigen Winkelzügen geführt. Der Stil der Auseinandersetzungen spricht dem Begriff einer "Union" ebenso Hohn wie dem "C", das die beiden politischen Stiefschwestern im Firmenschild führen. Das ist kein Klärungsprozeß in Sachfragen, das ist ein brutaler Karatekampf um blanke Macht.

Angesichts dieses Marathon-Zwists mit Haken und Ösen müssen ernste Auswirkungen für das Ansehen aller demokratischen Parteien unseres Landes befürchtet werden; wahrscheinlich sind sie schon eingetreten. Das noch immer gängige, griffig-billige Schlagwort vom "garstigen politischen Lied" bekommt jedenfalls unweigerlich neuen, zusätzlichen Nährboden - und nicht nur an den Stammtischen der Mäkler, Besserwisser und Unbelehrbaren. Die nahezu tägliche breite "Frontberichterstattung", die dem Noten- und Schlagabtausch der Parteizentralen und Einzelkämpfer von CDU und CSU in den Medien gewidmet wird, gibt den Tendenzen einer Parteienverdrossenheit, eines latenten Unbehagens an "denen da oben" gefährlichen Auftrieb und verstärkt den Resonanzboden für Propagandisten der Reaktion, der Restauration und der Diffamierung des demokratischen Prinzips. Leider überdeckt oder beeinträchtigt der hohe Aufmerksamkeitswert, den die Catch-as-catch-can-Veranstaltungen der Bonner Oppositionsparteien nun einmal haben und finden, die Informationsgebung über sachliche Arbeit und zukunftsorientierte Diskussionen, die von anderen Kräften und Gruppen unseres politischen und gesellschaftlichen Spektrums in den Prozeß der demokratischen Ausgestaltung und Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland eingebracht werden.

Die darin liegenden Gefahren für ein konstruktives Verhältnis zwischen Bürgern und Staat, für die Identität von Basis und repräsentativen Organen unserer Demokratie kann niemanden gleichgültig lassen, der für unsere Gesellschaft und Ihre Zukunft Mitverantwortung empfindet.

Es ist zwar die eigene Angelegenheit der noch immer so genannten "Unionsparteien", ihre schon seit langem fiktive Einheit endgültig zu zerstören, aber es kann nicht hingenommen werden, daß dabei gleichzeitig Reputation, Glaubwürdigkeit und Funktionsfähigkeit unserer von Parteien getragenen parlamentarischen Demokratie Schaden nehmen oder längerfristig gar vor die Hunde gehen.

CDU und CSU haben sich vom Auftrag und aus der Mitverantwortung der Opposition für das Staatswesen selbst suspendiert und aus der Sachdiskussion für Gegenwart und Zukunft abgemeldet. Dies bedeutet noch breitere und höhere Selbstverpflichtung für die Regierungsparteien.
(-/2.7.1979/vo-he/hgs)

+ + +



Den Verdacht aufklären

Fragen zum Terroristen-Fememord an Ulrich Schmücker

Von Peter Conradi MdB

Wieder einmal wird in der Öffentlichkeit die Frage gestellt, ob der Verfassungsschutz über den geplanten Terroristen-Fememord an Ulrich Schmücker in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1974 informiert, ja möglicherweise durch einen V-Mann an diesem Mord beteiligt war? Nach früheren Berichten in "Panorama" und im Stern hat "Panorama" am 19.6. mögliche Zusammenhänge aufgezeigt und neue Unterlagen dargestellt, die die Frage nach einer Beteiligung des Verfassungsschutzes an diesem Mord als nicht völlig abwegig erscheinen lassen. Die abgewogenen, vorsichtigen Formulierungen der Journalisten lassen erkennen, daß sie sich über die Ungeheuerlichkeit dieser Frage, dieses möglichen Verdachts im Klaren sind.

Der Verfassungsschutz hat bestritten, über den geplanten Fememord vorher informiert worden zu sein und den Tatort zur Tatzeit observiert zu haben. Er hat auch bestritten, daß der der Beteiligung an dem Mord verdächtige Jürgen Bodeux für den Verfassungsschutz gearbeitet hat. Zu beiden Fragen hat "Panorama" Unterlagen gezeigt, die Zweifel an der Richtigkeit der Behauptungen des Verfassungsschutzes nahelegen. Schließlich hat der Verfassungsschutz früher bestritten, daß der Ermordete Ulrich Schmücker V-Mann des Verfassungsschutzes war. Inzwischen bestreitet niemand mehr, daß Schmücker dem Verfassungsschutz Informationen gegeben hat.

In diesem Wirrwarr von Behauptungen, Vermerken, Erklärungen und Dementis hilft nur eines: Der Bundesinnenminister und andere möglicherweise betroffene Innenminister beziehungsweise -Senatoren müssen den vom Gericht im Revisionsverfahren gegen die mutmaßlichen Mörder Schmückers vorgeladenen Zeugen des Verfassungsschutzes uneingeschränkte Aussagegenehmigung und dem Gericht die Einsicht in die vollständigen Verfassungsschutz- beziehungsweise BKA-Akten Schmückers und Bodeux' gewähren. Die Behauptung, die volle Akteneinsicht würde "dem Wohl des Bundes und des Landes Berlin schweren Schaden zufügen", überzeugt nicht. Kann es einen schwereren Schaden für das Wohl der Bundesrepublik und Berlins geben als den nicht aufgeklärten Verdacht, der Verfassungsschutz sei in irgendeiner Weise an der Ermordung eines Menschen beteiligt gewesen?

(-/2.7.1979/va-he/hgs)

+ + +



Öfter mal mit Bus und Bahn

Autofreie Sonntage - ein politischer Denkanstoß

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Die Forderung nach Einführung eines autofreien Sonntags hat in den Massenmedien starke Beachtung gefunden. Ungeachtet konträrer Meinungen über die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Chance einer derartigen Maßnahme ist dieser Vorschlag, der auch im Parlament seine Befürworter hat, überwiegend als das verstanden worden: als politischer Denkanstoß.

Mehrere autofreie Sonntage wären zweifelsohne ein - wenn auch bescheidener Beitrag - zu sparsamerer Energieverwendung. Solche Tage könnten zudem die Aufmerksamkeit der Bürger unseres Landes auf die vielschichtige Problematik einer ausgleichenden Energieversorgung lenken. Die in diesen Wochen erneut eingetretene Verknappung und Verteuerung des Mineralöls sind politische Warnsignale, die nicht übersehen werden dürfen. Die sich weltweit immer deutlicher abzeichnende Energielücke ist und bleibt damit eine politische Herausforderung allerersten Ranges.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr denn je geboten, unsere Energie so sparsam wie möglich zu verwenden. In diesem Sinne ist deshalb auch die Forderung nach einem autofreien Sonntag zu verstehen. Damit kein Zweifel besteht: Dies ist keine Politik, die sich gegen den "kleinen Mann" und sein Auto richtet. Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß mit dem Kraftfahrzeug auch in vielfältiger Hinsicht Fortschritt und Mobilität verbunden sind.

Andererseits braucht aber keineswegs die Freizügigkeit und Mobilität der Bevölkerung zu leiden, wenn wir an einigen Tagen im Jahr einmal unser Fahrzeug nicht benutzen. Dies sollte auch die Automobilindustrie bedenken, bevor sie zu dem Vorschlag für einige autofreie Sonntage im Jahr ein unüberlegtes "Nein" sagt.

Die Deutsche Bundesbahn, aber auch die anderen öffentlichen Verkehrsträger, sind nach unserer Überzeugung durchaus in der Lage, Mehrverkehr als Folge autofreier Sonntage zu verkraften. Sie könnten - und sollten - an diesem Tage attraktive und preiswerte Sonderangebote für Städteverbindungen sowie Ferien- und Naherholungsgebiete anbieten. Auch dadurch könnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: bessere Luft, preiswerte Fahrmöglichkeiten, höhere Betriebseinnahmen.

So gesehen wären einige autofreie Sonntage im Jahr auch mit Vorteilen für uns alle verbunden: durch Einsparung von Energie, mehr Verkehrssicherheit, Schonung der Umwelt, Vermeidung von Staus und nervenaufreibenden Kolonnenfahrten. Und, was nicht übersehen werden sollte: Die Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel würde eindrucksvoll herausgestellt. Für manchen Bürger in der vollmotorisierten Gesellschaft wäre es der nötige Denkanstoß, auch künftig öfter mit Bahn und Bus zu fahren. (-/2.7.1979/vh-he/hgs)



Dank an Walter Scheel

Der scheidende Präsident genoß Popularität in allen Schichten

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Wir brauchen einen unbequemen Präsidenten, so hatte Günter Grass gefordert, als Walter Scheel sich um die Nachfolge Gustav Heinemanns bewarb und wollte mit diesem Verdikt die "rheinische Fröhlichkeit" des einen gegenüber der spröden moralischen Intelligenz des anderen kennzeichnen. Grass hat sein Urteil später selbst revidiert. Die Lebenswürdigkeit Walter Scheels und seine natürliche Gabe zur Repräsentation - nicht eben häufige Eigenschaften in der schwerblütigen politischen Kultur Deutschlands - blieben gepaart mit dem wachen Verstand und Interesse des Politikers, der seit mehr als einem Vierteljahrhundert Parlamentarier auf den verschiedensten Ebenen, der Regierungsmitglied und Parteiführer gewesen war und der seinerzeit gerade bei der Wahl seines Vorgängers Gustav Heinemann eine der wichtigsten Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland herbeigeführt hat. Auch als Bundespräsident verfolgte er in seinem Arbeitszimmer, so oft es ging, die Plenarsitzungen des Bundestages und nicht selten mochte es ihn reizen, in die Debatten wie früher einzugreifen.

Walter Scheel genoß Popularität in allen Schichten der Bevölkerung. Man konnte sich mit ihm, mit seiner aktiven Frau, die in der Öffentlichkeit außerordentlich beachtete Initiativen ergriffen hat, und mit seiner jungen Familie identifizieren. Er genoß das Vertrauen in schwierigen oder ausweglosen Situationen ein Vermittler der Gegensätze zu sein und hat dieses Vertrauen gerechtfertigt.

Der Bundespräsident, so will es die Eigenart des Amtes, wirkt vor allem durch seine Reden und wird an ihnen gemessen. Mir wird beim Nachlesen der Texte deutlich, daß Walter Scheel sich zu den großen Themen hingezogen fühlte, die ihn auch als aktiv handelnden und entscheidenden Politiker bewegt haben. Kontinuität und Erneuerung, diesen Leitmotiven der Sozialliberalen hat sich Scheel auch als Bundespräsident mit der gebotenen Zurückhaltung, die er gelegentlich auch spielerisch genoß, verpflichtet gefühlt. Friedlicher Wandel nach außen und nach innen, darauf kam es ihm an.

Außenpolitik war für ihn Friedenspolitik. Diejenigen, die mit verhängnisvoller Ungeduld vom Ende der Entspannungspolitik reden, weil ihnen die mühevoll ausgefüllten geschlossener Verträge zu unspektakulär ist, hat er gemahnt: Friedenspolitik sei nicht der Einfall irgendeiner Regierung. "Man kann nicht ein paar Jahre Friedenspolitik machen und dann etwas anderes. Vielleicht ist das Wort ein Modewort geworden - zu der Sache, die es bedeutet, gibt es keine Alternative. Die Alternative hieße Krieg."

Für den engagierten Europäer Scheel, der als jüngster Abgeordneter in den fünfziger Jahren in das Europaparlament einzog und dort den Ausschuß für Fragen der Assoziation der überseeischen Länder und Gebiete leitete, ist die Einigung Europas gleichbedeutend mit weltweiter Friedenspolitik. Zustimmend zitiert er aus der Nobelpreis-Rede Willy Brandts, daß ein geeintes Europa vor allem Mitverantwortung für den Weltfrieden trägt und daß diese Mitverantwortung Gerechtigkeit nach außen bedeutet, um Hunger und Elend in der Welt zu überwinden. Seine internationale Einstellung hat Walter Scheel schon 1962 unter Beweis gestellt, als er im Kabinett Adenauer als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit aus der damals noch zufälligen und improvisierten Entwicklungshilfe, die im Geruch stand, Potentaten zu goldenen Betten zu verhelfen, eine systematische Entwicklungspolitik formte.

Der Deutschlandpolitiker Walter Scheel schließlich hat als Bundespräsident in der großartigen Rede zur 25. Wiederkehr des 17. Juni 1953 bewegende Worte gefunden, um die Be-



wahrung des Friedens und den Willen zur deutschen Einheit miteinander zu versöhnen: "Die Einheit ist ein in die Zukunft gerichtetes europäisches Friedensziel. Wir trachten nach der Einheit, um als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, weil es der einzig gangbare Weg zur deutschen Einheit ist." Auch in diesen Einsichten erkennen wir Walter Scheel als den Mann wieder, der 1956 an den ersten Gesprächen zwischen FDP und LDP im Weimar mitwirkte, der im Auseinanderleben der Menschen in Deutschland die größte Erschwernis für die Einheit gesehen hat und der als Minister im Kabinett Adenauer 1962 eine Krise der deutschen Außenpolitik konstatierte, die durch liebgewordene Illusionen über eine zwangsläufige Wiedervereinigungsautomatik in eine weltpolitische Isolation zu führen drohte.

Der innere Frieden war durch Ereignisse, die in die Amtszeit Walter Scheels fielen, so bedroht wie noch bei keinem seiner Vorgänger. Die Verbrechen des Terrorismus, insbesondere die quälende Entführung und Ermordung Hanns Martin Schleyers hatten das Land über die Frage einer Schuldzuweisung in kaum erträglicher Weise zerrissen. Walter Scheel hat dazu beigetragen, daß das innenpolitische Klima nicht vollends zerstört wurde, indem er zur Selbstbesinnung ermahnte und die Selbstverständlichkeit ins Gedächtnis zurückrief, daß legitime Kritik erwünscht ist und nichts mit Terrorismus zu tun hat. Für Scheel ist eine Gesellschaft, die aufhört, sich um Reformen zu bemühen, eine Gesellschaft im Rückschritt. Wie vor ihm Gustav Heinemann, so hat auch er das Streben nach konfliktfreier Harmonie als einen Grundirrtum der deutschen Geschichte bezeichnet, der den demokratischen Weg des vernünftigen Kompromisses zwischen Gegensätzen versperrt. Walter Scheel hat deshalb mit Freimut kritische Positionen bezogen und traf sich vor allem mit der jungen Generation in der Forderung, daß weitreichende Zukunftsentscheidungen wie die über Kernkraft fern von Sachzwängen in freier Entscheidung getroffen werden müssen und nicht einfach von den Politikern als den Erfüllungsgehilfen der Experten und der Industrie der Bevölkerung oktroyiert werden können. Freilich mahnte er auch die Bürgerinitiativen, deren Selbstherrlichkeit oft im umgekehrten Verhältnis zu ihrer demokratischen Legitimation steht, die Entscheidungen des gewählten Parlaments und der Bundesregierung zu respektieren.

So zieht sich die Idee des friedlichen Wandels nach innen und außen wie ein roter Faden durch alle Reden des scheidenden Bundespräsidenten. Er hat es verstanden, diese Idee in ihrer ungebrochenen Lebenskraft und Substanz darzustellen. Sie hat alle Chancen, über die zu Ende gehende Amtszeit hinaus bestimmender politischer Faktor in der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben.

Walter Scheel hat nach anfänglichem Zögern akzeptiert, daß die politischen Entscheidungsrechte des Bundespräsidenten nach der Verfassung gering sind, daß, um es salopp zu sagen, jede Dynamik des Bundespräsidenten da endet, wo der Konflikt mit dem Kanzler vor der Tür steht. Das auf Repräsentation des Staates und auf Ausgleich angelegte Amt verträgt solche Konflikte nicht.

Theodor Heuss, der das Amt für alle Nachfolger geprägt hat, hat das gute menschliche und politische Klima zur Bundesregierung, auf das ein Bundespräsident angewiesen ist, im Blick auf Konrad Adenauer unterstrichen: "Nach den Erfahrungen der sogenannten Weimarer Republik ist die Stellung des Bundespräsidenten verhältnismäßig schwach für die Entscheidung der Tagespolitik ausgestattet worden; es ist ein Glück, daß das wechselseitige Verhältnis zwischen Bundespräsident und Bundeskanzler menschlich durchwärmt war und ist und daß ich der elementaren Bewegung der Regierungspolitik sachlich zustimmte."

Walter Scheel hatte dieses glückliche Verhältnis. Es war ursächlich für den Erfolg seines Wirkens als Bundespräsident. Wir haben Walter Scheel zu danken.

(-/2.7.1979/vo-he/hgs)

